

Die Rolle der EU in Myanmar

Eine viel beschworene neue Freundschaft, die sich noch beweisen muss

Wolfram Schaffar



EU-Myanmar
Task Force
13 - 15 November 2013



Burma-Initiative

Seit dem Amtsantritt von Präsident Thein Sein hat sich Myanmars Position in Europa und der westlichen Welt grundlegend gewandelt – der einstige Paria-Staat wurde zu einem Lieblingskind der europäischen Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Die jahrzehntelange Sanktionspolitik wurde aufgehoben und Handelsvorteile wiederhergestellt. Hochrangige politische Vertreter der EU und der einzelnen Mitgliedsstaaten geben sich in Myanmar die Klinke in die Hand. In Yangon wurde eine EU-Delegation, d.h. eine diplomatische Vertretung der Kommission, eröffnet und zahlreiche Akteure aus der EU haben sich vor Ort niedergelassen: Handelskammern, Kulturinstitute, staatliche und nicht-staatliche EZ-Akteure, politische Stiftungen. Doch welche Rolle spielt die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Myanmar?

Die Rolle der EU in Myanmar ist geprägt von einer Reihe von Faktoren: von der strikten EU-Sanktionspolitik und der abrupten Kehrtwende der EU-Außenpolitik 2012, von den Interessen, die Myanmar mit der EU verbindet, sowie von den starken Verschiebungen der globalen Kräfteverhältnisse, die mit dem Aufstieg Chinas verbunden sind. Die Verschränkung dieser Faktoren hat die EU in Myanmar in eine Position manövriert, die sich in charakteristischer Weise von der Rolle der EU in anderen Ländern und Regionen unterscheidet. Sie eröffnet der EU besondere Handlungsoptionen, beschränkt ihren Handlungsspielraum jedoch auch in vielfacher Weise.

Thein Sein und Catherine Ashton während einer Unterzeichnungszeremonie der EU-Myanmar Task Force in Naypyidaw 2013

© European External Action Service; <www.flickr.com/photos/eeas/10925246395/>; <creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/legalcode>

EU: von der konsequenten Sanktionspolitik zur vorbehaltlosen Unterstützung

Die heutige – fast vorbehaltlose – Unterstützung des Reformprozesses ist eine deutliche Abkehr von der früheren Politik der EU. Bis 2012 zählte die EU zu den schärfsten Kritikern Myanmars auf der internationalen Bühne. Myanmar war das erste und bis zu den Sanktionen gegen Weißrussland 2006 lange Zeit das einzige Land, das die EU konzertiert mit politischen Sanktionen und dem Entzug von Handelsprivilegien belegte, um einen Regimewandel herbeizuführen. Nach ersten Sanktionen im Jahr 1990 wurde mit dem Gemeinsamen Standpunkt 1996 ein umfassender Sanktionskatalog vom Rat der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verabschiedet. Die Sanktionen wurden aus verschiedenen Anlässen immer wieder verschärft – so z. B. nach dem Angriff auf Aung San Suu Kyi im Jahr 2003 und nach der Niederschlagung der Mönchsproteste 2007. Im gleichen Zeitraum wurde Myanmar auch der quoten- und zollfreie Zugang zum europäischen Markt aberkannt – ein wirtschaftliches Druckmittel, das der EU im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems zur Verfügung steht. Anlass waren Verurteilungen Myanmars von Seiten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wegen Zwangs- und Kinderarbeit.

Mit ihrer Sanktionspolitik reagierte die EU einerseits auf die Forderungen von NGOs und organisierten ExilburmesInnen, die in den aufeinanderfolgenden Repressionswellen das Land verlassen mussten. Viele dieser DemokratieaktivistInnen erhielten Asyl in Europa und setzten hier ihre politische Arbeit fort. Sie verstanden sich als Sprachrohr der National League of Democracy und ihrer Vorsitzenden Aung San Suu Kyi oder von ethnischen Widerstandsgruppen und forderten, die Militärregierung über konsequente wirtschaftliche Sanktionen in die Knie zu zwingen. Andererseits spiegelte die konsequente Sanktionspolitik die relativ geringe wirtschaftliche und politische Bedeutung Myanmars für die EU wider. Dies wird besonders im Vergleich zu China, Pakistan und Russland deutlich, denen in den 1990er Jahren ebenfalls Verstöße gegen ILO-Konventionen vorgeworfen wurden. Keinem dieser großen Handelspartner wurde jedoch der privilegierte Marktzugang ent-

zogen – was zu einer Erosion der Glaubwürdigkeit dieses Instruments geführt hat (Portela und Orbie 2014). Myanmar gegenüber verfolgte die EU jedoch ihre Sanktionspolitik mit besonderer Konsequenz, auch wenn ab Mitte der 2000er Jahre die Wirksamkeit der Sanktionspolitik mehr und mehr angezweifelt und eine Abkehr davon vorbereitet wurde.

Als nach der Verabschiedung der neuen Verfassung 2008 Wahlen für 2010 angesetzt wurden, war die einhellige Einschätzung, dass diese weder frei noch fair sein würden, sondern vielmehr dem Militär nur zur Legitimierung ihrer politischen Dominanz verhelfen sollten. Daher wurde diese Wahl zunächst nicht als Anlass gesehen, an den Sanktionen etwas zu ändern. Die Nachricht jedoch, dass unter dem neuen Präsidenten Thein Sein ein großes Staudammprojekt – der Myitsone-Damm – gestoppt und damit der Stimme der Bevölkerung Gehör geschenkt wurde, wurde von der EU bereitwillig als Zeichen einer politischen Öffnung im Sinne einer Demokratisierung interpretiert. Nachdem schließlich die Nachwahlen zum Parlament im Jahr 2012 frei und fair verliefen und mit Aung San Suu Kyi die prominenteste Vertreterin der Opposition ins Parlament einzog und zahlreiche politische Gefangene freigelassen worden waren, wendete sich die politische Einschätzung Myanmars um 180 Grad: Obgleich die jetzige Regierung weiterhin als nicht demokratisch gewählte Regierung gelten muss und die Militärs über eine illegitim zustande gekommene Mehrheit im Parlament verfügen, wurden die Sanktionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im April 2012 zunächst ausgesetzt und 2013 schließlich aufgehoben. Im Juni 2013 wurde Myanmars wirtschaftliche Vorzugsbehandlung im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wieder in Kraft gesetzt. Seither wird auch die Administration von Präsident Thein Sein in vollem Umfang als legitimer Kooperationspartner gesehen und behandelt.

Dabei erwies sich die neu entstandene Zuwendung der EU in den vergangenen zwei Jahren als ebenso vorbehaltlos und konsequent wie vormalig das Insistieren auf der Sanktionspolitik. Das wurde besonders im Frühjahr 2014 deutlich, als der Reformprozess unübersehbar ins Stocken kam. Mehr und mehr ethnisch oder religiös motivierte Gewalt war in den Unionsstaaten und in verschiedenen Städten Zentral-Myanmars ausgebrochen

und nationalistische und religiöse Bewegungen schaffen vielerorts eine Atmosphäre der Angst; an der Letpadaung-Kupfermine in der Nähe von Monywa waren zahlreiche DemonstrantInnen, die sich gegen Landenteignung gewehrt hatten, ums Leben gekommen. Die Sicherheitskräfte legten hier eine harte Gangart ein und verteidigten die Interessen der Investoren und der beteiligten myanmarischen Geschäftsleute – ganz im Gegensatz zum Myitsone-Staudammprojekt, dessen Baumoratorium ja als Zeichen für die Ernsthaftigkeit der demokratischen Reformen unter Thein Sein galt. Unter dem Eindruck der Rückschritte waren viele westliche NGOs und ProjektmitarbeiterInnen frustriert. Von Seiten der EU wurde jedoch nur verhalten Kritik an der burmesischen Regierung geäußert. Allein die systematische Verfolgung der Rohingya-Minderheit im Rakhine-Staat führte zu einer Entschließung des europäischen Parlaments (EU 2012). Entwicklungen wie z. B. das »Gesetz zum Schutz der Religion und Rasse«, das gemischtreligiöse Ehen und den Religionswechsel erschwert und die Anzahl von Kindern in nicht-buddhistischen Familien auf zwei begrenzt, haben nur zu einer vergleichsweise milden Protestnote geführt (EAD 2015). Die EU ist jedoch weit davon entfernt, über eine Rückkehr zu den Wirtschaftssanktionen nachzudenken, auch wenn einzelne Gruppen wie die Burma Campaign UK im November 2014 eine Wiedereinführung der Sanktionen gefordert haben.

Myanmars Öffnung als Einladung an die EU _____

Auf der Seite Myanmars folgte die Politik der Öffnung seit 2010 ebenfalls einer Logik, die die jetzige Rolle der EU entscheidend prägt. Der Prozess der Öffnung war ein Top-Down-Prozess, der von der Administration begonnen wurde und weder durch Druck von Innen noch durch Druck von Außen herbeigeführt wurde. Als die Reformen eingeleitet wurden, war in Myanmar weder eine starke Pro-Demokratiebewegung aktiv, noch waren für die Militärs die Wirtschaftssanktionen existenzbedrohend. Es gehört mittlerweile zum gängigen Interpretationsmuster, den Öffnungsprozess als Strategie der Militärs zu interpretieren, sich aus der Dominanz Chinas zu befreien. Lange Zeit hatten die Sanktionen des Westens bewirkt, dass vor allem chinesische Unternehmen in Myanmar investierten. In den Augen Chinas, dem ebenfalls

wiederholt Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, genoss Myanmar den Ruf des »einzigsten wirklich loyalen Freundes«. Die starke Umarmung Chinas aufzubrechen und neue Akteure im Land aktiv werden zu lassen, war eine wichtige Motivation der Eliten, dem Westen mit glaubhaften Schritten der politischen Öffnung entgegen zu kommen und so ein Ende der Sanktionspolitik herbei zu führen. Die EU wird von Seiten Myanmars also als Konkurrenz zu China willkommen geheißen, und Myanmar hat sich diese außenpolitische Wende etwas kosten lassen: Das Moratorium des Myitsone-Staudamms – einem Prestigeprojekt chinesischer Investoren – hat zu einer ernstlichen Verstimmung zwischen China und Myanmar geführt, die auch durch mehrere Besuche hochrangiger myanmarischer RegierungsvertreterInnen kaum gemildert werden konnte. Der einzige loyale Freund Myanmar hatte sich abgewendet. Auf der anderen Seite wurden damit jedoch die hochrangigen Besuche von Präsident Obama und vielen europäischen RegierungsvertreterInnen ermöglicht, die eine neue Balance der internationalen Anerkennung schafften.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung genießt die EU in Myanmar einen – verglichen mit anderen Ländern und Weltregionen – ungewöhnlich positiven Ruf. In vielen afrikanischen Ländern waren die EU und internationale Institutionen und Organisationen, die mit der EU assoziiert werden, kontinuierlich in der EZ und über Wirtschaftsbeziehungen präsent. Hier ist der Ruf der EU durch deren Ausrichtung auf ein neo-liberales Wirtschaftsmodell im Sinne des Washington Konsens geprägt: Über die wirtschaftspolitische Ausrichtung vieler EZ-Projekte und Konditionalitäten für Kredite wird die Politik der EU mit Sozialabbau und einer Verschärfung von wirtschaftlicher Abhängigkeit verbunden. In diesem Zusammenhang sind auch andere Konditionalitäten, wie z. B. das Beharren auf Achtung der Menschenrechte, in Verruf geraten, Teil einer neo-liberalen und neo-kolonialen Agenda zu sein.

Besonders in Afrika ist daher seit mehreren Jahren ein Prozess zu beobachten, dass sich Regierungen China zuwenden, um neben der als dominant erfahrenen EU eine größere Wahlmöglichkeit bei EZ- und Wirtschaftsprojekten zu erreichen. China, das offiziell keine Entwicklungszusammenarbeit leistet, sondern Wirtschaftskooperationen einget, gilt als Partner, der pragmatisch und zielführend Infrastrukturprojekte umsetzt. Solange politische

Stabilität und die Sicherheit der Investitionen gewahrt sind, knüpft die chinesische Regierung ihr Engagement nicht an Auflagen wie z.B. Gute Regierungsführung und stellt keine als bevormundend empfundenen Fragen nach Menschenrechten.

Abgesehen von dieser zunehmenden Infragestellung der weltanschaulichen Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik hat die EU auch rein wegen ihrer makroökonomischen Daten in vielen Ländern den Ruf als attraktives Wirtschafts- und politisches Integrationsmodell eingebüßt: Seit dem Ausbruch der Euro-Krise gilt die EU in den meisten ASEAN-Ländern nicht mehr als Vorzeigemodell für gelungene wirtschaftliche Integration. Getragen vom wirtschaftlichen Erfolg Chinas kann sich der chinesische Entwicklungsweg, der in Abgrenzung zum Washington-Konsens als Beijing-Konsens bezeichnet wird, vielerorts als attraktives alternatives Modell präsentieren.

Ganz anders in Myanmar: Vor dem Hintergrund der Dominanz Chinas und der langen Abwesenheit Europas (und Nordamerikas) genießt hier die EU die Rolle eines willkommenen Partners. Sie wird – in Abgrenzung zu China und anderen Nachbarländern – mit Menschenrechten und Guter Regierungsführung in Verbindung gebracht und besonders als Partner der Entwicklungszusammenarbeit und Berater für den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess geschätzt. Darüber hinaus gelten europäische Produkte als qualitativ hochwertiger als chinesische und Myanmar verspricht sich von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen Technologietransfer und davon ausgehend bessere Entwicklungschancen für die eigene Produktion.

EZ-Projekte und Beratung _____

Die Glaubwürdigkeit der EU und der Akteure aus der EU und die weltanschauliche Ausrichtung der Projekte lassen sich über die starke Präsenz der ExilburmesInnen im gegenwärtigen Transformationsprozess und deren Verbundenheit zu Europa erklären. Seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung in den Jahren zwischen 1988 und 1990 haben politische AktivistInnen in mehreren aufeinander folgenden Wellen das Land verlassen. Viele fanden Zuflucht in Europa und setzten hier ihre politische Arbeit in Organisationen in den europäischen Mitgliedsstaaten, wie z.B. der Burma Campaign UK in Großbritannien

oder dem Burma Büro in Deutschland, sowie in europaweiten Netzwerken, wie dem Euro-Burma Office in Brüssel oder dem European Burma Network fort. Gefördert von Stipendiengebern eines liberalen politischen Spektrums wie der Open Society Foundation, Endowment of Democracy, der Friedrich-Naumann-Stiftung, aber auch Stipendiengebern wie der Friedrich-Ebert- oder der Heinrich-Böll-Stiftung wurden sie politisch geprägt und viele fühlen sich einer auf liberale Demokratie ausgerichteten politischen Orientierung verpflichtet. Diese Alumni-Netzwerke in Europa stellten und stellen einen wichtigen Pool dar, aus dem Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die ab 2012 eine Repräsentanz in Myanmar aufbauten, ihre MitarbeiterInnen rekrutierten. Präsident Thein Sein erließ darüber hinaus kurz nach seinem Amtsantritt eine Amnestie und warb aktiv um die Rückkehr der ins Ausland geflohenen ExilantInnen (Ko Ko Thett 2014).

Einzelne NGOs und Stiftungen waren jedoch bereits in Myanmar tätig, als die Sanktionen noch in Kraft waren. Allem voran sind hier Projekte im humanitären Bereich zu nennen, wie die vom Multi-Donor Fund LIFT und dem 3D-Fund finanzierten Projekte. Darüber hinaus konnten einzelne Akteure Spielräume nutzen, die durch einzelne Waffenstillstandsabkommen entstanden. So z.B. die Friedrich-Naumann-Stiftung, die unter dem Schirm des Waffenstillstandsabkommens zwischen dem Militär und der Kachin Independence Army (KIA) im Kachin-Staat den Aufbau der myanmarischen NGO Metta-Foundation unterstützte. Ebenso pflegten die Friedrich-Naumann- und die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits Kontakte zu Bildungseinrichtungen wie Myanmar Egress bevor die Sanktionen aufgehoben wurden. Zwar wurden Institutionen wie Myanmar Egress besonders von Seiten der ExilantInnen als regimenah kritisiert. Nach der Öffnung wurden solche Abgrenzungen jedoch zunehmend unwichtig und die Organisationen, die bereits im Land aktiv waren, zählten zu den ersten, die ehemalige ExilantInnen als Ortskräfte einstellten. Die Projekte, mit denen diese Akteure aktiv wurden, sind größtenteils in einem liberalen Spektrum angesiedelt – mit dem Fokus auf der Durchsetzung von politischen Freiheitsrechten und marktwirtschaftlichen Reformen. Explizit auf soziale Gerechtigkeit und Umverteilung ausgerichtete Projekte sind dagegen selten – mit der Ausnahme von Akteuren wie z.B. der Fried-



rich-Ebert-Stiftung und ihrem Schwerpunkt auf Gewerkschaftsarbeit. Das unterscheidet die Rolle von europäischen AkteurInnen in Myanmar von Kooperationen in Lateinamerika, wo die Zusammenarbeit mit AkteurInnen im sozialdemokratischen oder sozialistischen Spektrum immer eine starke Säule darstellte. Nichtsdestotrotz gibt es viele Bereiche, in denen die EU mit ihrer liberalen Agenda eine Politik unterstützt, über die sie als progressiver Akteur wahrgenommen wird. Exemplarisch lassen sich hier die Bereiche Pressefreiheit, universitäre Bildung, Kapazitätsbildung der demokratischen Institutionen, Friedensprozess und die Unterstützung der Polizeireform nennen.

Pressefreiheit _____

Unzensurierte Nachrichten über Myanmar waren lange Zeit nur über die im Ausland ansässigen Medien zugänglich. Hierbei spielten vor allem die Medieninitiativen der ExilburmesInnen eine wichtige Rolle, wie z.B. die Democratic Voice of Burma, die mit der finanziellen Unterstützung aus Norwegen, den Niederlanden und den USA vom thailändischen Chiangmai aus Nachrichten nach Myanmar sendete. Ebenso wichtig waren die Printmedien Mizzima aus Indien und Irrawaddy aus Chiangmai. Die Zeitschrift Irrawaddy, die seit 2001 auch als Online Publikation in Englisch und Burmesisch erhältlich ist, wurde lange Zeit maß-

geblich von Regierungen aus Europa und Nordamerika unterstützt.

Mit der Aufhebung der Zensur versuchten viele dieser Medienprojekte Zweigstellen innerhalb Myanmars zu gründen und sahen sich einer Konkurrenz von zahlreichen kommerziell arbeitenden Printmedien gegenüber, die wegen ihrer Kenntnis des innermyanmarischen Marktes erfolgreicher agieren konnten. Nichtsdestotrotz wurden einige Exilmedien zu Kristallisationspunkten für neu entstehende Print- und Onlinemedien. So verlegte der Sender Democratic Voice of Burma seine Aktivitäten 2013 zum Teil nach Myanmar und erweiterte sein Radioprogramm um einen Video-Blog, der im Land selbst produziert wird. Hier und bei vielen anderen Projekten gehörten europäische MedienaktivistInnen und JournalistInnen zu den ersten, die die neu entstehenden Medien unterstützten und halfen, professionelle JournalistInnen auszubilden. Qualitätsjournalismus wird daher vielfach mit europäischem Engagement in Verbindung gebracht (neben dem Engagement der USA und Kanadas, die hier ebenfalls eine wichtige Rolle spielen).

Universitäre Bildung _____

Da StudentInnenorganisationen immer wieder den Ausgangspunkt von Demokratiebewegungen bildeten, zählten die Universitäten seit 1988 zu den Institutionen, die von der Militärregierung am

strengsten überwacht wurden. Lange Zeit waren die Universitäten geschlossen. Später wurde mit der Einrichtung von Fernstudiengängen und der Neugründung von Universitäten an den Stadträndern von Yangon und Mandalay die Strategie verfolgt, die StudentInnenpopulation auf dem Campus der prestigeträchtigsten Universitäten, der University of Yangon und der Mandalay University, so gering wie möglich zu halten. Studienrichtungen wie Politikwissenschaft wurden abgeschafft, und UniversitätsmitarbeiterInnen waren in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt, so dass sie weder in Myanmar selbst empirisch forschen, noch Kontakt zur akademischen Welt außerhalb Myanmars aufbauen konnten.

In diesem hoch restriktiven Umfeld gelang es einzelnen Organisationen aus Europa, Projekte zur Wiederbelebung der Universitäten zu beginnen. Allen voran sind hier die Open Society Foundation zu nennen, die von Budapest aus ein Higher Education Support Programm betreibt, und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der schon vor Aufhebung der Sanktionen über Austauschprogramme in Myanmar präsent war. Mit der Unterstützung dieser Akteure wurden ab 2012 an myanmarischen Universitäten Fächer wie Politikwissenschaft wieder eingerichtet und Fächer wie Geographie oder Jura an den internationalen Wissensstand und die internationalen Debatten herangeführt; HochschullehrerInnen wurde die Möglichkeit eröffnet, sich durch Gastaufenthalte in Europa weiter zu bilden. Diese Programme haben sich als großer Erfolg erwiesen, in so fern als durch die Etablierung von zahlreichen grundständigen Studienprogrammen auf dem Gelände der Universitäten wieder ein reges studentisches Leben eingeleitet ist, ausländische Gäste ein- und ausgehen und sich wieder politisch aktive StudentInnenvertretungen gegründet haben. Die europäischen Akteure sind auch bei der Reform des Hochschulgesetzes tätig, und hier zeigt sich erneut die liberale Handschrift: Als Strategie, sich aus der administrativen und inhaltlichen Einflussnahme des Erziehungsministeriums zu befreien, wird von den Reformern vor allem eine Privatisierung der Hochschulen verfolgt. Was mit dem umstrittenen University Act seit Ende 2014 kontrovers diskutiert wird, ähnelt daher den Hochschulfreiheitsgesetzen, die weltweit seit den 1990er Jahren eine Privatisierung der universitären Bildung eingeleitet haben.

Unterstützung der Arbeit des Parlaments

Nach der Wahl 2010 nahmen zum ersten Mal seit mehreren Jahrzehnten demokratische Institutionen ihre Arbeit auf und mussten sich wegen der langen Unterbrechung neu erfinden. Weder existierte eine funktionstüchtige Infrastruktur noch das Wissen über das Prozedere parlamentarischer Arbeit. Daher wurde die Unterstützung der entstehenden demokratischen Institutionen als eine der dringlichsten Aufgaben identifiziert und zahlreiche Organisationen begannen mit der Durchführung von Kapazitätsbildungsangeboten für ParlamentarierInnen und Parteien. In diesem Bereich wurden – neben den USA – Akteure aus Europa als besonders aktiv wahrgenommen, die an ihr früheres Engagement innerhalb des Landes (z. B. über Myanmar Egress) anknüpfen oder auf ihre politische Arbeit mit den Exilgruppen aufbauen konnten. Neben den politischen Stiftungen aus Deutschland und Entwicklungskooperationen mit den skandinavischen Ländern und den Niederlanden wird in Myanmar auch das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) oft als europäischer Akteur wahrgenommen, obwohl es sich streng genommen um eine intergouvernementale Organisation handelt, an der neben den skandinavischen Ländern und der Niederlande auch nicht-europäische Länder beteiligt sind. Das Parlament hat sich – entgegen der Erwartungen vieler AnalystInnen und trotz der deutlichen Vorherrschaft der Militärs – als Ort der regen politischen Debatte etabliert (Kean 2014). Der Aufbau der neuen demokratischen Institutionen gilt daher als großer Erfolg des bisherigen Reformprozesses, und dieser Erfolg wird u. a. mit der Unterstützung der EU verknüpft.

Friedensprozess

Ebenso zentral wie die Funktionstüchtigkeit der neuen demokratischen Institutionen wurde die Befriedung der ethnischen Konflikte eingeschätzt. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit des Landes 1948 hatten sich einzelne ethnische Gruppen bewaffnet und begonnen gegen die Zentralregierung zu kämpfen. Der Aufstand der Karen National Union (KNU), dem sich zeitweise auch StudentInnen und Oppositionelle aus dem burmesischen Kernland anschlossen, führte zum längsten Bür-

gerkrieg der Geschichte und war – neben anderen ethnischen Konflikten – ein Grund für einen anhaltenden Strom von Flüchtlingen innerhalb Myanmars und über die thailändische Grenze. Waffenstillstandsabkommen aus den 1990er Jahren führten zwar zum Ende der Kampfhandlungen in einzelnen Regionen. Es handelte sich jedoch meist um Übereinkommen zwischen burmesischen Generälen und den ebenfalls nicht demokratisch legitimierten militärischen Führern der bewaffneten ethnischen Gruppen. Diese Abkommen waren weit von einem Friedensvertrag entfernt und erwiesen sich als entsprechend brüchig. Die EU und Akteure aus europäischen Ländern engagierten sich daher stark, einen alle ethnischen Gruppen umfassenden politischen Friedensvertrag zu erreichen. Neben zahlreichen Einzelinitiativen sollte vor allem das Myanmar Peace Center (MPC) mit finanzieller Unterstützung aus der EU als zentrales Verhandlungsforum aufgebaut werden. Dieses Prestigeprojekt, das die EU seit 2012 mit 30 Mio. Euro unterstützt hat, ist ein deutliches Zeichen für die Glaubwürdigkeit, die der EU in Myanmar entgegengebracht wird. Gleichzeitig zeigten sich hier jedoch auch deutlich die Grenzen des EU-Engagements.

Obgleich bei der Arbeit zum Friedensprozess auf die Expertise vieler ExilburmesInnen zurückgegriffen wurde, leiden diese wie alle anderen Projekte an Informations- und Kapazitätsmangel. Seit dem Ausbruch neuer Kämpfe im nördlichen Shan-Staat, wo ab 2012 die Waffenruhe mit der Kachin Independence Army (KIA) gebrochen war, und seit den Kampfhandlungen im Kokang-Gebiet im Februar 2015, bei dem tausende Flüchtlinge das Land verließen, gilt der Friedensprozess als gescheitert. Zwar beschwört die EU in einer Stellungnahme, dass Anfang April 2015 eine neue Verhandlungsrunde im MPC erfolgreich abgeschlossen wurde (EAD 2015b). Es ist jedoch zu erwarten, dass die AkteurInnen fortan im Hinblick auf die Wahl im Herbst 2015 keine substanziellen Zugeständnisse mehr eingehen, sondern die Neuordnung der Machtverhältnisse nach der Wahl im Herbst 2015 abwarten werden.

Pikant am Scheitern des Friedensprozesses ist, dass er durch einen Konflikt zu Fall kam, in dem China eine wichtige Rolle spielt. Die neuen Kämpfe im Norden des Shan-Staats und im Süden des Kachin-Staats traten im Zusammenhang mit einem Pipeline-Projekt auf, das den Tiefseehafen

Kyaukpyu mit der chinesischen Provinz Yunnan verbinden soll. Ebenso neuralgisch sind Gebiete, in denen Wasserkraftwerke geplant sind.

Polizeireform

Ebenso als Leuchtturm sichtbar und in Myanmar deutlich wahrgenommen war ein EU-Projekt zur Weiterbildung und Professionalisierung der Polizei. Mit 10 Mio. Euro unterstützte die EU ein zunächst 18-monatiges Projekt, Polizeikräften aus Yangon in Techniken der Kontrolle von Menschenmengen (Crowd Management) auszubilden. Im Zentrum stand – so die Selbstdarstellung des Projekts – die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten, das Menschenrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und gleichzeitig den Ausbruch von kommunaler Gewalt zu verhindern. Auffällig und für den Ruf der EU vielsagend ist, dass der EU die Kompetenz in diesem Bereich zugesprochen wurde, der sowohl für die Regierung, als auch für die Opposition und für die zivilgesellschaftlichen Kräfte höchst sensibel ist. Ebenso wie beim gescheiterten Friedensprozess zeigen sich an diesem Projekt die Beschränkungen des Engagements der EU: Noch während des Projekts traten die burmesische Polizei und Sicherheitskräfte in Zivil durch ihr brutales Vorgehen gegen streikende ArbeiterInnen hervor. Im März 2015 schlugen Polizeikräfte mit unverhältnismäßiger Gewalt StudentInnenproteste nieder. Burmesische Oppositionelle kritisieren vor dem Hintergrund dieser Schlagzeilen das EU-Projekt als naiv (Wai Yan Hpone 2015).

Leuchttürme der Kooperation – wenig koordiniert

EZ-Projekte der EU und von AkteurInnen aus der EU umfassen neben den hier schlaglichtartig vorgestellten Projekten mit Leuchtturm-Charakter eine Vielzahl von einzelnen kleineren Projekten. Die myanmarische Regierung versucht zwar, über sog. sektorielle Arbeitsgruppen eine Koordinierung und inhaltliche Abstimmung unter den internationalen NGOs und EZ-Akteuren zu erreichen. Dieses Instrument scheint jedoch ebenso wenig zu funktionieren, wie die Koordinierungsanstrengungen der EU. So kündigte die EU im März 2013 die Errichtung einer sog. Task Force an – nach Initiativen in Tunesien, Jordanien und Ägypten die erste und einzige in Asien – und sendete damit ein starkes

Zeichen als Antwort auf die Bitte Myanmars, sich stärker zu engagieren (EAD 2013c). Außer einem großen Auftritt im November 2013 in Yangon und Nay Pyi Daw, bei dem die Initiative in Anwesenheit von der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherin Ashton, Präsident Thein Sein und Aung San Suu Kyi der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat diese Task Force wenige Ergebnisse gezeitigt. Ihre Homepage ist nicht existent, und in anderen Dokumenten der EU spielt dieses Koordinierungsinstrument keine Rolle.

Die unterschiedlichen EZ-AkteurInnen aus der EU umfassen neben der EZ der einzelnen Mitgliedsstaaten auch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Kommission, die jeweils mit eigenen Projekten aktiv sind. Alle diese Akteure haben versucht, sich in zwei Erklärungen auf Leitlinien ihrer EZ-Politik zu einigen. Im Herbst 2013 unterzeichneten einige EU-Länder zusammen mit der EU (EAD und Kommission) eine Gemeinsame EU-Entwicklungspartnerstrategie für Myanmar – eine unverbindliche Erklärung, die die Schwerpunktsetzung für ca. 1 Mrd. Euro bilaterale Entwicklungsfinanzierung der Jahre 2014–2016 umreißen soll (EAD 2013a). Auf diese erste Gemeinsame Erklärung folgte ein zweites Strategiepapier für die Jahre 2014–2020 (EAD 2013b). Beide Papiere beziehen sich auf ein ebenso unverbindliches Mehrjahresrichtprogramm (Multiannual Indicative Programme), in dem die EU »ihr hohes Niveau an Entwicklungsfinanzierung von bis zu 100 Mio. Euro pro Jahr aufrecht zu erhalten« und eine bessere Koordination der Entwicklungspartner verspricht (EAD 2014). Faktisch spielen die Koordinierungsbemühungen bisher keine allzu große Rolle und entgegen der Rhetorik der Verlautbarungen ist die EU eine relativ kleine Größe: Verglichen mit dem Engagement Japans, das bereits im Jahr 2013 mit 2,7 Mrd. US-Dollar (USD) Entwicklungsfinanzierung in Myanmar präsent war und Ende 2013 weitere Zahlungen im Umfang von über 0,5 Mrd. USD angekündigt hat, nehmen sich die Zahlen der EU bescheiden aus (OECD 2015). Und noch wichtiger: wirtschaftlich stellt die EU keine Kraft dar, die der Präsenz und dem Gewicht Chinas oder der jüngsten Investitionsoffensive Japans etwas entgegensetzen könnte.

Ökonomische Rolle der EU bleibt gering

Die drei wichtigsten wirtschaftlichen Großprojekte, die einen politischen und geostrategischen Charakter haben, sind die Wirtschaftsprojekte in Kyaukpyu, Dawei und Thilawa, wo jeweils Tiefseehäfen zusammen mit Sonderwirtschaftszonen geschaffen werden und über Straßen und Pipeline-Projekte Infrastruktur geschaffen wird, die die wirtschaftliche Landschaft massiv verändert. Alle drei Projekte werden von Investoren aus asiatischen Nachbarländern vorangetrieben – von China, Thailand und Japan. Die EU spielt hier keine Rolle.

Das Projekt in Kyaukpyu wird von chinesischen Investoren getragen und soll einen direkten Korridor zwischen Südchina und dem indischen Ozean schaffen. Die Konflikte, die im Zusammenhang mit dem Bau der Pipeline im nördlichen Shan-Staat ausgebrochen sind, und die zum Bruch des Waffenstillstands mit den Kachin führten, prägen die Wahrnehmung Chinas in Myanmar nachhaltig. Gleichwohl ist China mit einem Investitionsvolumen von 14 Mrd. USD der mit Abstand größte Investor – rechnet man die Investitionen aus Hong Kong hinzu, kommen mit 21 Mrd. USD mehr als 40 Prozent aller Investitionen aus China (DICA 2015). Auch wenn in Folge der Entscheidung gegen den Myitsone-Staudamm und der Abkühlung der politischen Beziehungen die Investitionen aus China in den Jahren 2010/2011 vorübergehend eingebrochen sind, hat sich das Handelsvolumen mit China im gleichen Zeitraum enorm erhöht. Von der Öffnung des Landes konnte die chinesische Wirtschaft also – ausgehend von ihrer günstigen Startposition – wesentlich mehr profitieren, als andere wirtschaftliche Akteure. All das verleiht auch der politischen Rolle Chinas in Myanmar ein entsprechendes Gewicht.

Thailand liegt mit etwas über 10 Mrd. USD an zweiter Stelle der Investitionen. Die Sonderwirtschaftszone in Dawei, wo mit einem Tiefseehafen und einer direkten Verbindung nach Bangkok ein ökonomischer Korridor entstehen soll, stellt ein zentrales Großprojekt Thailands dar. Wegen der geostrategischen Bedeutung hat die thailändische Politik immer wieder von höchster Stelle aus interveniert, wenn das Projekt zu scheitern drohte.

Die Verschränkung von Wirtschafts-, EZ- politischen Strategien Japans zeigt sich deutlich am

Beispiel des dritten Großprojekts, der Sonderwirtschaftszone in Thilawa. Mit diesem Projekt drängte sich Japan Mitte 2013 recht spät, aber dafür umso massiver unter die wichtigsten wirtschaftlichen Akteure in Myanmar. Die japanische Vorgehensweise zeichnet sich dadurch aus, dass wirtschaftliche Großprojekte von politischen Maßnahmen flankiert werden, ganz in der Tradition entwicklungsstaatlicher Planung, bei der die staatliche Bürokratie eine zentrale Steuerungsfunktion übernimmt. Der sprunghafte Anstieg der EZ-Finanzierung aus Japan 2013 ist so zu erklären. Letztlich floss ein Großteil der 2,7 Mrd. USD in Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld von Thilawa (Eleven Myanmar 2014). Parallel zu den wirtschaftlichen und EZ-Projekten trieb Japan die Unterzeichnung eines umfassenden bilateralen Investitionsschutzvertrags (BIT) voran. Anders als bei solchen Verhandlungen üblich, dauerte der Prozess nur zwei Jahre bis zur Unterzeichnung. Eine Rekordzeit, wenn man die siebenjährigen Verhandlungen, die Japan mit dem zum gleichen Zeitpunkt unterzeichneten BIT mit Mosambik benötigte, als Vergleich heranzieht.

Die EU spielt im Vergleich zu diesen Projekten wirtschaftlich kaum eine Rolle. Das Vereinigte Königreich steht mit 4 Mrd. USD an fünfter Stelle der Investitionen. Allerdings sind hier auch die als Steuerparadies und für Geldwäsche bekannten britischen Überseegebiete mit eingerechnet. Mit jeweils ein wenig mehr als 500 Mio. USD liegen die Niederlande und Frankreich auf Platz neun und zehn. Hier gilt es anzumerken, dass diese Summe von einer nur geringen Anzahl von Unternehmen aufgebracht wurde (DICA 2015). D. h. aus den Niederlanden und Frankreich sind vor allem einzelne große Investoren in Myanmar aktiv – namentlich Total und Shell im Bereich der Öl- und Gasförderung. Weitere vereinzelte Investitionen, die wahrnehmbar hervorstechen, sind der Zuschlag für das norwegische Telenor bei der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen 2013.

Die politische Interessenvertretung der europäischen InvestorInnen ist ebenso wie die AkteurInnen im Bereich der EZ vielstimmig. Neben der französischen Industrie- und Handelskammer, die auf die längste kontinuierliche Präsenz im Land zurückblicken kann, hat im Juli 2014 eine britische Industrie- und Handelskammer in Yangoon eröffnet. Die deutsche Wirtschaft wird seit Ende 2013 durch die Delegation der deutschen

Wirtschaft in Myanmar vertreten. Parallel hierzu erhielt Ende 2014 ein Konsortium unter Leitung der französischen Industrie- und Handelskammer den Zuschlag für die Eröffnung einer europäischen Industrie- und Handelskammer (EuroChamber).

Ein bilaterales Investitionsschutzabkommen in aller Eile

Vor diesem Hintergrund sticht die Initiative der EU für ein bilaterales Investitionsschutzabkommen als erkennbar konzertiertes Projekt hervor. Nach Vorgesprächen beim Besuch von Präsident Thein Sein in Brüssel erteilten die Mitgliedsstaaten im März 2014 der Kommission ein Verhandlungsmandat. Seither treffen sich die VerhandlungsführerInnen regelmäßig und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Entwurf des Vertragstextes liegt seit Februar 2015 einzelnen Botschaften der europäischen Länder in Myanmar vor, zivilgesellschaftliche Akteure haben jedoch keinen Zugang. Anfragen von NGOs, die sich auf die Informationsfreiheit berufen und Einsicht in den Stand der Verhandlungen und Auskunft über die europäischen Interessen hinter diesem Vertrag beantragten, wurden nur bruchstückhaft beantwortet. Ein Konsultationsverfahren, dessen Ergebnisse seit Januar 2015 partiell zugänglich sind (DG Trade 2015), bildet kaum die Debatte ab, die im Zusammenhang mit der Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit für Streitfälle zu führen wäre. Es steht nämlich zu befürchten, dass die EU auf die Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit drängt, so wie sie bereits im NAFTA-Raum existiert und wie sie im Fall des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) höchst umstritten ist. Dadurch würde es Investoren möglich, den myanmarischen Staat auf hohe Entschädigungen zu verklagen, wenn er in Zukunft Regulierungen vornimmt, die eine Gewinnerwartung des Investors schmälern (Paung Ku/TNI 2014). Da jedwede Form von Umweltgesetzen, Konsumentenschutz oder Regulierung im Sinne einer Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge potenziell Investoren schädigt, würde der Handlungsspielraum des myanmarischen Gesetzgebers in all diesen Bereichen massiv eingeschränkt.

Der Druck, mit dem der Vertrag verhandelt wird, lässt sich vor dem Hintergrund der geringen Investitionen aus der EU kaum erklären. Entweder handelt es sich also um ein Projekt der EU-Bürokratie,

die im Umfeld der schwierigen Verhandlungen in anderen Bereichen – zeitgleich werden TTIP und ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit China verhandelt – rasch mit einem Erfolg aufwarten möchte. Oder einzelne europäische Großinvestoren, z. B. Shell und Total, stehen wegen ihren Investitionen im Rohstoffsektor hinter dieser Initiative. In jedem Fall ist das BIT ein Projekt, das das Potenzial hat, den Handlungsspielraum der burmesischen Regierung zugunsten der wirtschaftlichen Interessen von Investoren massiv einzuschränken. Es ist unverständlich, warum die EU-Administration die jetzige, vom Militär dominierte Regierung in Myanmar als hinreichend legitim ansieht, ein so weitreichendes Abkommen zu verhandeln. Mit dem benachbarten Thailand wurden jedenfalls die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen ausgesetzt, nachdem 2014 dort das Militär putschte.

Zusammenfassung _____

Der Plan der myanmarischen Eliten, durch eine Annäherung an den Westen die Dominanz Chinas im Entwicklungsprozess Myanmars zu brechen, und die 180-Grad-Wende der EU von der strikten Sanktionspolitik zur Unterstützung der Regierung von Thein Sein haben der EU den Status eines willkommenen und glaubwürdigen Partners im Bereich der Politikberatung im Reformprozess eingebracht. Wegen der generellen Ausrichtung der EU-Politik und der starken Rolle, die ehemalige burmesische ExilantInnen und deren Stipendiengeber in dem Prozess spielen, ist die Transition auf liberale Reformen ausgerichtet – im wirtschaftlichen wie im politischen Sinne. Zahlreiche liberale Projekte im Bereich der Pressefreiheit, Modernisierung der Universitäten, Unterstützung der neuen demokratischen Institutionen und des Friedensprozesses werden als progressiv wahrgenommen. Sie sind jedoch wenig koordiniert. Im Zuge der

wirtschaftsliberalen Reformen sind jedoch Fragen von Umverteilung, die Gefahr der Oligarchisierung der Politik – so wie man das bereits in Osteuropa in vielen sog. Transitionsländern beobachten konnte – oder die generelle Krisenanfälligkeit eines liberalen Wirtschaftssystems systematisch unterrepräsentiert.

Die geringe Koordinierung der europäischen EZ macht es möglich, dass einzelne EZ-Akteure auch in diesen Bereichen arbeiten, wie z. B. das Transnational Institute (TNI) oder die Friedrich-Ebert-Stiftung. Durch die fehlende Koordinierung entsteht so eine größere Pluralität. Eine deutliche Koordinierung zeigt die EU allerdings in der Politik der Absicherung europäischer wirtschaftlicher Interessen. Hier geht es gegenwärtig weniger um wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei der z. B. über Joint Ventures Technologietransfer oder anderer Nutzen für Myanmar zu erwarten wäre. Vielmehr beschränken sich Investitionen aus der EU weitgehend auf Rohstoffabbau. Darüber hinaus betreibt die EU mit den Verhandlungen zum bilateralen Investitionsschutzabkommen eine Politik, die Interessen der Investoren auch gegenüber der Politik zukünftiger Regierungen abzusichern. Dieses Kalkül hat das Potenzial, die EU ebenso zu diskreditieren, wie das in Ländern Afrikas und in Lateinamerika bereits geschehen ist. Diese Gefahr ist besonders deshalb groß, weil durch die Präsenz Chinas eine wirtschaftlich starke Alternative nicht nur greifbar ist, sondern auch durch wirtschaftlichen Erfolg attraktiv ist.

Wollte die EU ihre gegenwärtig noch vorhandene Glaubwürdigkeit im Bereich von Menschenrechten und Guter Regierungsführung behalten, müsste sie – neben der Betonung der Freiheitsrechte – die soziale Frage als Teil ihrer EZ-Bemühungen in den Vordergrund rücken und eine kritische Reflexion der eigenen Politik – der Krisenpolitik innerhalb der EU – in ihr Auftreten in Myanmar mit einbeziehen.

Bibliographie

- Directorate of Investment and Company Administration (DICA) (2015): Foreign Investment of Permitted Enterprises as of 31/03/2015 (by country). <dica.gov.mm.x-aas.net>
- EAD (2013): »EU Support to Myanmar Police Reform« (29/11/2013). <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/press_corner/all_news/news/2013/20131129_en.htm>
- EAD (2013a): Council conclusions on the Comprehensive Framework for the European Union's policy and support to Myanmar/Burma. <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/documents/eu_myanmar/comprehensive-framework-for-eu-policy-and-support_en.pdf>
- EAD (2013b): Joint EU Development Partners' Transitional Strategy for Myanmar 2014–16. <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/documents/eu_myanmar/joint-eu-development-partners-transitional-strategy-for-myanmar-2014-2016_en.pdf>
- EAD (2013c) EU-Myanmar Task Force. <eeas.europa.eu/top_stories/2013/081113_myanmar_task_force_en.htm>
- EAD (2014): European Union Development Cooperation Instrument, Multiannual Indicative Programme (2014–2020) Myanmar/Burma. <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/documents/eu_myanmar/eu-multi-annual-indicative-programme-2014-2020_en.pdf>
- EAD (2015a): Local Statement of the European Union and European Union Member State Embassies Accredited to Myanmar (12/01/2015). <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/press_corner/all_news/news/2015/20150112_en.htm>
- EAD (2015b): Local Statement of the European Union and European Union Member State Embassies Accredited to Myanmar (01/04/2015). <eeas.europa.eu/delegations/myanmar/press_corner/all_news/news/2015/20150401_en.htm>
- Eleven Myanmar (2014): Japanese government provides ODA loans for development of Myanmar's basic infrastructures. 13 November 2014. <www.elevenmyanmar.com/index.php?option=com_content&view=article&id=8090:japanese-government-provides-oda-loans-for-development-of-myanmar-s-basic-infrastructures&catid=33:business&Itemid=356>
- EU (2012): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 2012 zur Verfolgung der Rohingya-Moslems in Burma/Myanmar (2012/2784(RSP))
- Kean, Thomas (2014): Myanmar's Parliament: From Scorn to Significance. in: Nick Cheesman, Nicolas Farelly, Trevor Wilson (eds.) *Debating Democratization in Myanmar*.
- Ko Ko Thett (2015): Von den Rändern zum Mainstream: Eine Nachzeichnung des birmanischen Exils. in: Ute Köster, Phuong Le Trong, Christina Grein (Hrsg.): *Handbuch Myanmar*. 2. Auflage. Berlin: Horlemann.
- OECD (2015): Japan's Gross bilateral ODA, 2012–2013 average. <public.tableausoftware.com/views/AidAtAGlance/DACmembers?:embed=y&:display_count=no?&:showVizHome=no#1>
- Paung Ku und Transnational Institute (2014): EU-Myanmar Bilateral Investment Treaty – Briefing. <www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/eu-myanmar_bit.pdf>
- Portela, Clara and Jan Orbie (2014): Sanctions under the EU Generalised System of Preferences and Foreign Policy: Coherence by Accident?« *Contemporary Politics* 20(1): 63–76.
- Wai Yan Hpone (2015): Police Training Is Wrong Prescription for Systemic Ill. <www.irrawaddy.org/contributor/police-training-is-wrong-prescription-for-systemic-ill.html>



Impressum

© Stiftung Asienhaus, Köln März 2015

Über den Autor:

Wolfram Schaffar ist Professor für Entwicklungsforschung und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Zwischen 2002 und 2007 hat er als Assistent am Institut für Orient- und Asienwissenschaften, Abteilung Südostasienwissenschaft, gearbeitet. Darauf folgten u. a. Gastdozenturen an der Fakultät für Politikwissenschaft der Chulalongkorn Universität Bangkok und dem Institut für Internationale Beziehungen der Yangon Universität in Myanmar. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Konstitutionalismus und Demokratie, der Staat, soziale Sicherung und Globalisierung in den Ländern des Südens.

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Redaktion:

Christina Grein

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Kontakt:

Burma-Initiative
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Deutschland/Germany
Tel.: +49-(0)221-716121-25
<www.asienhaus.de>
<christina.grein@asienhaus.de>

Gefördert von Engagement Global
im Auftrag des



und von

